

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa.
Herrn Nr. 22.
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1532.
Groschläger
Riesa Nr. 22.

Nr. 172.

Freitag, 26. Juli 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Porto. Für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Werbefläche 100 Gold-Pfennige; jeztäuber und tabellarischer Satz 50%. Aufschlag, feste Tarife. Bestellungen sind zu richten an den Verleger, dessen Name auf dem Briefe angegeben werden muß oder der Auftraggeber in Kontanz gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abdruck von Zeitungsartikeln ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers ist untersagt. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Ostseepolitik.

Auch im Ostseegebiet hat sich die politische Lage nach Russlands Zusammenbruch vollständig geändert. Vor allem hat sich die aggressive Haltung Russlands in eine rein defensible verwandelt. Der geographische Finger, den es vor dem Kriege gegen Norwegen ausstreckte, um dort möglichst am eisfreien Meere einen Hafen zu gewinnen, hat seine bedrohliche Bedeutung verloren. Von den Gestirben der Ostsee ist es durch die Bildung der selbständigen baltischen Staaten abgeschloffen. Man mache sich einmal klar, was es heißt, daß Döblingen, Reval und Riga früher russische Häfen gewesen sind. Heute wendet sich der Verkehr dieser Häfen nicht dem Westen zu, während er von Russland fast wie abgeschnürt ist. Der schwer zugängliche finnische Meerbusen mag für die Verteidigung Russlands ganz praktisch sein, als Ausgangspunkt für den Handel ist er wenig geeignet. Noch weniger bedeutet er militärisch, wenn man an aggressive Zwecke denkt. Abgesehen davon, daß er im Winter vom Eis blockiert ist, läßt er sich von den Nachbarn auch leicht kontrollieren und absperrn. Russland bedeutet heute im Ostseegebiet nur noch einen einmaligen Bruchteil dessen, was es früher gewesen ist. Was sich künftig aus dieser veränderten Situation politisch und wirtschaftlich entwickeln wird, ist freilich noch schwer abzusehen. Mehr als heute wird schließlich auch Russland einmal gelten. Es wird, wenn auch in wesentlich bescheidenerem Maßstabe, irgendeine einmal in die baltische Völkerkombination wieder eintreten. Einstweilen aber versuchen diese Völker, sich untereinander zu verständigen und eine Orientierung herbeizuführen. Bei der sie, nicht wie früher, in die gefährdete Position gegenüber Russland zurückgedrängt werden können. Auf der einen Seite steht der Block der drei skandinavischen Staaten, der kürzlich, gewissermaßen sinnbildlich, durch die Konferenz der drei Könige von Dänemark, Schweden und Norwegen in Erscheinung trat. Auf der anderen Seite stehen die baltischen Staaten, deren Einstellung noch keine ganz einheitliche ist. Schweden hat die Führung bei dem Versuch, die Verbindungen nach Osten hin anzuknüpfen. Darin liegt die tiefere Bedeutung des Besuchs, den der schwedische König Reval und Riga abhatte. In Estland und Lettland stehen der schwedischen Fühlungsnahme auch kaum noch erhebliche Schwierigkeiten im Wege. Man entsinnt sich hier der früheren langen Schwedenherrschaft, jetzt sogar schon wieder mit einiger Sympathie, wie etwa auch jener Jahrhunderte, in denen die deutsche Hansa ihre Kulturarbeit an den Gestaden der Ostsee tat, wofür Reval und Riga schon in ihrem äußeren Stadtbilde, auch heute noch, ein bezeichnendes Denkmal sind.

Schwieriger ist ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Schweden und Finnland herzustellen. Der Streit um die Alands-Inseln wurde zwar friedlich beigelegt, gelang aber eben doch vorhandene Interessengegenstände. In Finnland, zumal an seiner Westküste, gibt es noch ein gut Teil schwedisch-sprechender Bevölkerung. Sie gehört meistens den besser situierten Schichten und den rechtsstehenden Parteien an. Bei der starken, sozialistisch organisierten Arbeiterschaft Finnlands bedeutet das nicht gerade eine Erleichterung der gegenseitigen Fühlungsnahme. In Verhandlungs- und Sozialfragen und nicht zuletzt auch in der Frage des Alkoholverbotes nehmen die Schwedisch-sprechenden eine der großen Volksmassen entgegengesetzte Haltung ein. Die Antipathien, die daraus notwendigerweise entstehen, übertragen sich auch auf Schweden. Trotzdem wird sich auch Finnland schwerlich dauernd dem Beitritt zu dem skandinavisch-baltischen Block entziehen können. Sollte der russische Druck je einmal wieder fühlbar werden, was immerhin in gewissem Maße möglich sein könnte, würde Finnland im Westen Rückhalt suchen müssen.

Deutschland wird durch diese Entwicklung um die Ostsee herum auch vor neue Probleme gestellt. Wir sind durch den Rapallo-Vertrag mit Russland ins Einvernehmen gekommen, woraus im Ausland noch manchmal weitergehende Schlüsse gezogen werden, als sachlich begründet ist. Ob der ostasiatische Konflikt für die Sowjetregierung Konsequenzen nach sich ziehen wird, ist noch nicht zu sagen. Aber schon angesichts solcher Möglichkeiten ist die politische Spannung an der Ostsee größer geworden. Falls wäre selbstverständlich eine deutsche Politik, die einseitig für die sowjetrussischen Tendenzen optieren wollte. Die kulturelle und handelsmäßige Verwandtschaft Deutschlands mit den skandinavischen und baltischen Staaten ist schon an sich eine gute Basis, auch für den Aufbau freundschaftlicher politischer Beziehungen. Es könnte von Wert für Deutschland wie für die anderen Ostseestaaten sein, wenn sich daraus eine allgemeine Verständigung ergäbe. Sie brauchte keine feindliche Spitze gegen Russland zu haben, wäre aber die beste Sicherung davor, daß vom halbasiatischen Russland her einmal wieder neue verheerende Unwetter gegen das westliche Europa losbrächen.

Bestlagnahmes Schmuggelgeduld des chinesischen Konsulats in Blagowestschensk.

Blagowestschensk. In dem als Archiv des abreisenden Konsulats vermerkten Gepäck fanden die Zollbehörden Waffen, Geld, Wertgegenstände und andere Schmuggelware, darunter 42 Gewehre verschiedener Systeme, sowie große Mengen Patronen, ferner sorgfältig verpackte ausländische Denkmäler, amerikanische Dollar, auch zehn Pfund Goldsands, 30 Pfund Silber und 30000 Gelbrubel. Die Schmuggelware wurde konfisziert.

Konferenzort wahrscheinlich Haag.

Vor einer großen Unterhausausprache über den Young-Bericht und die diplomatische Konferenz? England besteht nunmehr auf dem Haag.

London. (Telunion.) Lord George beabsichtigt als Führer der Liberalen Unterhausfraktion, vor der Beratung des Unterhauses am Freitag die Aufmerksamkeit der Regierung auf den Young-Bericht und die kommende diplomatische Konferenz zu lenken. Lord George wird darauf hinweisen, daß es nicht die Absicht des Parlaments ist, die Regierung in der vor ihr liegenden schweren Aufgabe zu binden, daß aber gewisse Zusicherungen gemacht werden sollten, daß Großbritannien keine größeren Opfer bringen werde als die übrigen Alliierten. Wahrscheinlich wird sich die Interpellation Lord Georges zu einer allgemeinen Aussprache über die kommende Konferenz entwickeln, in deren Verlauf, wie man hofft, auch die Regierung eine etwas umfassendere Erklärung zu der ganzen Frage abgeben wird.

Schlaganfall Snowden hat inzwischen am Mittwoch auf dem Ossen der Bankiersvereinigung die Stellung der britischen Regierung näher urteilen. Großbritannien habe während der letzten zehn Jahre in der Kriegsschuldens- und Reparationsfrage eine außerordentlich großzügige Politik verfolgt. Obwohl auch er für die Sicherung des internationalen guten Willens und für die Hilfe für alle diejenigen sei, die sich in Not befänden, glaube er nicht, daß die Politik

der Opfer auf Kosten des englischen Volkes sorgfältig werden könne, besonders wenn es sich um finanzielle Bürden handele, die von anderen Völkern ebenso gut oder besser getragen werden könnten als von Großbritannien. Er hoffe, daß die bevorstehende internationale Konferenz feste und gerechte Grundlagen in dieser Hinsicht schaffen werde und dazu beitragen möge, die der Förderung des internationalen Handels und der internationalen Finanzen im Wege stehenden Hindernisse zu beseitigen.

Die britische Regierung werde sich in den weiteren Verhandlungen über den Young-Bericht der internationalen Konferenz darauf einstellen, alle beteiligten Mächte für den Gang zu gewinnen.

Brüssel, 25. Juli. Heute nachmittag unternahm der britische Botschafter im Ministerium des Äußeren den angekündigten Schritt in der Frage der Wahl des Haag als Ort der bevorstehenden Regierungskonferenz. Wie die belgische Telegraphenagentur erfährt, hat der Botschafter von Frankreich einen ähnlichen Schritt unternommen. Die belgische Regierung behielt sich ihre Antwort vor, doch glaubt man, daß sie heute bekannt gegeben werde.

Die Lage in der Mandschurei.

Moskau. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Meldungen aus Chabarowk zufolge dauern in der Mandschurei die von Gematilitäten begleiteten Massenverhaftungen von Sowjetbürgern an. Die Polizei unternimmt längs der Linie der Ostchina-Bahn Streifzüge, um der Arbeit ferngebliebene Eisenbahner zu verhaften. Die angeführten Angehörigen der Ostchina-Bahn verlassen, ungeachtet der Drohungen der chinesischen Behörden, die Arbeitsplätze und fliehen auf Sowjetgebiet. Am Donnerstag wurden vierzig verhaftete Arbeiter und Eisenbahnergehilfe, darunter viele schwer gekesselt und ohne Nahrung, unter verstärkter Bewachung aus Pogranitschnaja nach Chabarowk abtransportiert. In Pogranitschnaja stehen gebliebene Eisenbahnertruppen der russischen Bahn wurden von den chinesischen Behörden verhaftet und in unbekannter Richtung abtransportiert. Die Gesamtzahl der während der letzten Tage Verhafteten beträgt einige hundert. Längs der Ostchina-Bahn sind weisgarbige Bänder zum Ueberfall auf Sowjetgebiet bereitgestellt. Es verlautet, daß einzelne Bänder gegen die Sowjetgrenze vorrücken.

Unterredung des französischen Gesandten mit dem chinesischen Außenminister.

Paris. Havas meldet aus Schanghai: Der französische Gesandte hatte gestern eine Unterredung mit dem Außenminister Wang über die Frage der ostchinesischen Eisenbahn. Außenminister Wang gab seiner Dankbarkeit über das mäßige Eingreifen in die letzten Ereignisse Ausdruck und wies darauf hin, daß die Kanting-Regierung direkt mit Moskau verhandeln zu können glaube, weil sie davon überzeugt sei, daß der Konflikt auf friedlichem Wege gelöst werden könne. Die politischen Kreise in Peking, so berichtet Havas weiter, sind hinsichtlich der in der Mandschurei zu treffenden Maßnahmen geteilter Ansicht. Die rechte Gruppe mit Sun Fo befeuert die Beibehaltung der Befehung der Eisenbahn, während die linksgerichteten Kreise unter dem Einfluß des Außenministers, der dem Vertrag von 1924 abgefaßt hat, die Rückkehr zum Status quo für notwendig erklären. Letztendlich schwankt. Jedenfalls ist niemand für die Anwendung der Waffengewalt.

Landtagsabgeordneter Herr. Voigt täuschlicher Arbeitsminister?

Dresden. Wie der Telunion-Sachsendienst erfährt, hat die sogen. Sekretärsvereinigung, der Zusammenschluß der Führer der christlich-nationalen Arbeiter- und Angestelltenverbände, sowie der evangelischen Arbeitervereine Sachsen, dem Ministerpräsidenten eine Eingabe unterbreitet, in der Abg. G. Voigt (DVP.) zum Arbeitsminister vorgeschlagen wird. Zur Begründung wird ausgeführt, daß das Ministerium mit einer in den sozialen und wirtschaftspolitischen Aufgaben geübten Kraft besetzt werden möchte, die der heimischen Arbeiterwelt lange genug nahe steht und allenthalben vorteilhaft bekannt geworden ist. Der Abg. Voigt sei aus der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hervorgegangen, er spiele in den evangelischen Arbeitervereinen wie auch in der Volkskirchenbewegung eine führende Rolle, er stehe der evangelischen Jugend sehr nahe, sei beruflich im Dienst der christlich-nationalen Arbeiterbewegung tätig und vereint in sich die gesamte

Rube in Charbin.

Paris. Havas meldet aus Moskau: Entgegen anderslautenden Gerüchten ist die Lage in Charbin sehr ruhig. Urteilsfähige Beobachter glauben, daß eine beträchtliche Entspannung eingetreten sei. Das Zusammenreffen des Gouverneurs von Kirin und des Oberkommandierenden der an der mandschurischen Grenze mobilisierten Armeen mit dem Sowjetkonsul in Charbin scheint die Hoffnung auf Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechtfertigen.

Abreise des chinesischen Geschäftsträgers in Moskau.

Moskau, 25. Juli. Das Personal der chinesischen Gesandtschaft reiste unter Führung des Geschäftsträgers Siawewitsch über Leningrad nach Finnland, nachdem alle Akten der deutschen Botschaft übergeben worden waren.

Die russische Antwort in London eingetroffen.

London. (Telunion.) Die Antwort der Sowjetregierung auf die englische Einladung zur Ueberwindung eines Vertreters für die Einleitung englisch-russischer Ausgleichsverhandlungen ist am Donnerstag im Außenamt eingegangen und wird gegenwärtig von den amtlichen Stellen geprüft. Die Ankunft des russischen Botschafters Domgalewski in London als sowjetrussischer Unterhändler wird für Anfang nächster Woche erwartet.

Amerikas Bemühungen um Erhaltung des Friedens im fernen Osten.

Washington. Zum russisch-chinesischen Konflikt wurde im Staatsdepartement erklärt, man arbeite nach wie vor intensiv an den Bemühungen um die Erledigung dieser Differenz, könne jedoch Einzelheiten noch nicht bekanntgeben. Die Botschafter Englands, Frankreichs und Italiens sowie der deutsche Geschäftsträger wurden zum Staatssekretär Stimson gebeten und hatten eine längere Unterredung mit ihm.

nichtsozialistische Arbeitnehmerbewegung glücklich. Zum Schluß gibt die Eingabe der Annahme Ausdruck, daß das Kabinett Bünger durch die Persönlichkeit Voigt eine Festigung erfahren werde.

Der Telunion-Sachsendienst weiß ferner zu berichten, daß auch der Gewerkschaftsring der Arbeiter, Angestellten- und Beamtenorganisationen sich vorbehaltlos für die Kandidatur Voigts ausgesprochen hat; auch die auf sozialem Gebiet arbeitenden kirchlichen Kreise würden es durchaus begrüßen, wenn die Ernennung Voigts zum Arbeitsminister vollzogen würde.

Wie „D. S. L.“ erfährt, ist nicht damit zu rechnen, daß die Frage der Befehung des Arbeitsministeriums vor Wenden der Urlaubszeit akut werden wird. Neben der von der Sekretärsvereinigung eingereichten Eingabe, die sich zugunsten des Abg. Voigt (DVP.) ausdrückt, liegt noch eine ganze Reihe anderer Bewerbungen vor. Es muß als wenig wahrscheinlich angesehen werden, daß Ministerpräsident Dr. Bünger es für richtig halten wird, die politische Lage seines Kabinetts durch die Berufung eines Fraktionskollegen noch zu erschweren.